



Zu der heutigen Bundestagsabstimmung über den Bundeswehreinsatz in Afghanistan erklärt die Grüne Friedensinitiative (GFI):

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Das Bundeswehrrkontingent in Afghanistan soll 2010 um 2.500 auf 7.000 Soldaten erhöht werden. Trotzdem soll der Bundestag heute nur eine Laufzeitverlängerung für das bisherige Mandat beschließen. Die Aufstockung soll erst nach der internationalen Afghanistan-Konferenz im Januar 2010 formal beschlossen werden – obwohl der Verdacht besteht, dass die Bundesregierung den NATO-Bündnispartner schon mehr Soldaten zugesagt hat.

Wir fordern die GRÜNEN Bundestagsabgeordneten auf, den Antrag auf Laufzeitverlängerung des Bundeswehr-Einsatzes abzulehnen, also mit NEIN zu stimmen.

Wir finden es nicht hilfreich, wenn sich in diesen Tagen GRÜNE SpitzenpolitikerInnen für eine Laufzeitverlängerung von 6 Monaten statt 12 Monaten stark machen. Das ist nun wirklich ein Kaninchenproblem! Die Kernfrage ist: Wie steht man zum Afghanistan-Krieg? Soll er, wie von der US-Regierung vorgegeben, mit Zehntausenden neuen Truppen eskaliert werden? Oder sollen die deutschen Truppen bis Ende des 1. Halbjahres 2010 abgezogen werden?

Die Fortsetzung des Afghanistan-Krieges ist verantwortungslos. Gefragt ist immer dringender Opposition gegen den Afghanistan-Krieg. Der kurzfristige Abzug der NATO sowie der anderen westlichen Truppen aus Afghanistan ist friedenspolitisch alternativlos.

Bei der heutigen Bundestags-Entscheidung geht es nicht nur um das „jährliche Weiter-so“, sondern für die Kriegsführung 2010 soll signifikant mehr Geld ausgegeben werden: Statt monatlich 50 Mio. € bisher in Zukunft 70 Mio. €¹. Die Anhebung ist nicht zuletzt auf die Intensivierung des Krieges zurückzuführen: Verbrauchte Munition und andere zerstörte Ausrüstungsgegenstände müssen in höherem Maße als in der Vergangenheit ersetzt werden.

Bizarr finden wir, dass GRÜNE SpitzenpolitikerInnen heute von der Bundesregierung fordern, einen „konkreten Zeitplan“ für den Abzug aus Afghanistan vorzulegen. Genau diesen verweigerten die betreffenden Personen auf der GRÜNEN BDK im Oktober 2009. Sie delegierten diese Aufgabe an die „internationale Staatengemeinschaft“: „Wenn der Einsatz in Afghanistan nicht in einem Trümmerhaufen enden soll, müssen die internationale Gemeinschaft und ihre afghanischen Bündnispartner jetzt gemeinsam den Aufbau verstärken, eine Abzugsperspektive mit einem konkreten Abzugsplan entwickeln und die internationalen Truppen schrittweise abziehen.“ Alternativ war ein Abzug bis Ende 2011 beantragt worden.

Wir finden: Man sollte von Anderen nicht fordern, wozu man selbst nicht bereit ist. Die Bundesregierung agiert z.Z. exakt auf der GRÜNEN Beschlussgrundlage: Sie erklärt unentwegt, dass sie gerne im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft auf der Londoner Afghanistan-Konferenz im Januar die Strategie diskutieren und festlegen will.

Wir verstehen, wenn Kerstin Müller angesichts 30.000 weiterer US-Soldaten mulmig wird. Sie hält die Stationierung nur teilweise für sinnvoll, kann sich aber zu einer klaren Ablehnung der US-Kriegsstrategie nicht durchringen, weil „die Aufrüstung afghanischer Stammesfürsten“ den afghanischen Zentralstaat schwächen würde.

Wir würden es begrüßen, wenn statt Obamania wieder etwas Nüchternheit in die GRÜNE Beurteilung der US-Politik einfließen würde: Auch wenn ein Friedensnobelpreisträger einen Krieg eskaliert, ist das eine Eskalation des Krieges und muss entsprechend verurteilt werden.

Hamburg / Münster 3.12.2009 – www.gruene-friedensinitiative.de

¹ Da das letzte Mandat 14 Monate galt, das kommende auf 12 Monate ausgelegt ist, muss das bisherige Budget von 688 Mio. € durch 14, das neue durch 12 geteilt werden. Daraus ergeben sich die oben genannten Werte.